

EDITORIAL



❖ Der Schlachtenlärm des Bundestagswahlkampfes ist mittlerweile verklungen. Jetzt rauchen die Köpfe, um all jene Fragen zu klären, die der Entscheid der Wähler am 22. September aufgeworfen hat. War die sachorientierte Wahlkampfstrategie der Unionsparteien richtig angesichts der Schröder'schen Charmeoﬀensive? Hatte die Union angesichts der starken Unterstützung der Medien für den Amtsinhaber überhaupt eine realistische Chance? Welche Rolle spielten dabei die Kanzlerkandidaten-Duelle im Fernsehen, die durch die mediale Nachbearbeitung umso günstiger für Schröder wurden, je länger sie zurücklagen? Wie kam es zum Desaster der FDP? Warum hat die PDS den Sprung über die Fünf-Prozent-Grenze nicht geschafft, und welche Konsequenzen hat dies? *Die Politische Meinung* hat in ihrem Novemberheft zu diesen und anderen Themen sachkundige Analysen und Kommentare zusammengetragen, die ein vertieftes Verständnis des Wählervotums erlauben.

Weitere Schwerpunkte des November-Heftes sind die Globalisierungsdebatte und der Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Wahrscheinlich ist die Beschädigung dieser wichtigsten Grundlage unserer Außenpolitik die nachhaltigste Wirkung der Wahlkampagne von Gerhard Schröder. Da ist schon einiges im Getümmel des Wahlkampfes zusammengekommen: Schröder proklamierte den „deutschen Weg“ und warf der amerikanischen Regierung im gleichen Atemzug „Unilateralismus“ vor. Er verweigerte prophylaktisch jeden militärischen Beitrag bei einer US-Aktion gegen Saddam Hussein, um den ihn niemand gebeten hatte und auch nicht bitten wird. Denn die Amerikaner kennen die begrenzte Leistungsfähigkeit der Bundeswehr, die auf ukrainische Transportkapazitäten zurückgreifen musste, um deutsche Soldaten nach Afghanistan zu bringen. Und dann kamen die absurden historischen Erinnerungen an Hitler und Abrassimow durch Herta Däubler-Gmelin und

Ludwig Stiegler zu Stande, die die amerikanische Regierung als eine persönliche Beleidigung ihres Präsidenten auffassen musste. Und wenn Rudolf Scharping diese ganze Gemengelage mit dem jüdischen Ein-

fluss an der Ostküste in Verbindung bringt, wird das Chaos komplett, in das der Wahlkampf in Deutschland die deutsch-amerikanischen Beziehungen gestürzt hat.

Welche mühselige Arbeit die Rekonstruktion dieses Bündnisses ist, erfuhren in diesen Wochen die Deutschen, die sich in Amerika bohrenden Fragen aussetzen müssen. In San Diego, Kalifornien, fand Anfang Oktober die 26. Jahreskonferenz der German Studies Association statt, der 1700 Professoren aller amerikanischen Universitäten angehören, die sich mit Deutschland, seiner Geschichte, seiner Sprache, seiner Kultur, Wirtschaft und Politik beschäftigen. Wie ein roter Faden zog sich durch diese Tagung die Frage, was in die Deutschen gefahren ist, die noch vor einem Jahrzehnt von Präsident Bush sen. zum „partner in leadership“ nobilitiert wurden und jetzt um eines schnöden Vorteils willen dieser besonderen Beziehung den Rücken kehrten. Die amerikanischen Wissenschaftler ließen in Vorträgen und Diskussionsbeiträgen keinerlei Zweifel daran zu, dass die persönliche Beziehung von George Bush zu Gerhard Schröder unheilbar zerrüttet ist und auf Außenminister Joschka Fischer die schwere Aufgabe zukommt, wenigstens die Funktionsfähigkeit des deutsch-amerikanischen Bündnisses wieder zu erreichen. Bis dahin bleibe alles, was aus Deutschland an Kritik, Meinungen und Ratschlägen komme, „absolut irrelevant“. Im Übrigen sei die Vermutung eine Illusion, Schröder und Bush könnten sich augenzwinkernd über wahlkampfbedingte Sinnhaftigkeit einigen, auch einmal antiamerikanische Ressentiments bedienen zu dürfen. Schröder sei außer Stande zu verstehen, dass Bush Grundsätze besitze und diese ernst nehme. ❖

Wolfgang Bergdorf